



Gemeinde Windisch
Protokoll des Einwohnerrates
Sitzung vom 15. März 2017

Seite:
180

Vorsitz Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP)

Protokoll Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II

Präsenz 19.00 Uhr 35 Mitglieder

Entschuldigungen Nadine Fischer (SP)
Werner Rupp (SVP)
Gilberto Accogli (FDP)
Ruedi Kümin (EVP)
Martin Schibli (EVP)

Versand 11. Juli 2017

Genehmigung Dieses Protokoll gilt gemäss § 26 der Gemeindeordnung als genehmigt, wenn nicht bis zum 02. August 2017 Abänderungen oder Ergänzungen beim Büro des Einwohnerrates schriftlich verlangt werden.

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP), eröffnet die 244. Sitzung des Einwohnerrates und heisst die Mitglieder des Einwohnerrates, des Gemeinderates, die anwesenden Gäste, speziell Martin Wehrli, Präsident der Campus Immobilien AG, und die Pressevertreter willkommen.

Traktandenliste

- | | | |
|----|---------|--|
| | | Inpflichtnahme von Fabian Schütz (SVP) als Mitglied des Einwohnerrates |
| 1 | | Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten |
| 2 | | Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes |
| 21 | 2017.21 | Almira und Esma Haliti, Kosovo |
| 22 | 2017.22 | Bay Selver, Türkei |
| 23 | 2017.23 | Giovanna Serratore, Italien |
| 24 | 2017.24 | Almut Scherer, Deutschland |
| 25 | 2017.25 | Tahsin Cigdem, Türkei |
| 26 | 2017.26 | Asan Medii, Mazedonien |
| 27 | 2017.27 | Oriana Pizzo, Italien |
| 28 | 2017.28 | Laime Essifi, Tunesien / Italien |
| 3* | 2017.19 | Campussaal; Beiträge zur Finanzierung des Betriebs |
| 4* | 2017.18 | Verpflichtungskredit Abwassersanierung Gebiet „D“, Los 1 – Ahornweg |
| 5 | | Beantwortung von gestellten Fragen |
| 6 | | Mitteilungen des Gemeinderates |
| 7 | | Neueingänge |

Inpflichtnahme von Fabian Schütz (SVP) als Mitglied des Einwohnerrates

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP), nimmt gestützt auf die Bestimmungen des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates für den Rest der Amtsperiode 2014/2017 in Pflicht:

- Fabian Schütz (SVP)

1 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP):

Abstimmungen vom 12. Februar 2017

Zwei kantonale, für Windisch sehr wichtige, Vorlagen sind angenommen worden. Das Gesetz über den Ausgleich der Aufgabenverschiebungsbilanz sowie über die Übergangsbeiträge ist mit einem „Ja“-Anteil von 57.2 % ebenso klar angenommen worden wie das Gesetz über den Finanzausgleich zwischen den Gemeinden mit 57.5 %. Ich danke dem Gemeinderat, insbesondere Heidi Ammon, für den grossen Einsatz und das kräftige Werben, damit die Abstimmung zu Gunsten von Windisch ausgegangen ist. Ein grosser Dank auch an Finanzverwalter Marco Wächter, der sich ebenfalls sehr engagiert hat und an die politischen Parteien, für die Organisation des Informationsabends.

Baumpflanzung

Am letzten Donnerstag wurde an der Kreuzung Gaswerkstrasse-Philosophenweg, zwischen Mühlemattturnhalle und IBB-Gebäude, genau auf der Gemeindegrenze eine Stieleiche gepflanzt. Eine Gedenktafel wird an die gemeinsame Erarbeitung der Bau- und Nutzungsordnung von Brugg und Windisch erinnern.

Campussaal

Der Einwohnerrat Brugg hat am letzten Freitag dem Antrag des Stadtrates mit 30 zu 10 Stimmen klar zugestimmt und damit die Beiträge für den langfristigen Betrieb des Campussaals für die Dauer von 10 Jahren genehmigt.

Protokolle

Das Einwohnerratsbüro hat am 20. Februar 2017 die Protokolle der Einwohnerratssitzungen vom 26. Oktober 2016 und vom 2. November 2016 mit den Korrekturanträgen der Redner genehmigt.

2 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes

Eintreten ist unbestritten.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Andrea Höbel-Neuhaus (CVP): Zu den Einbürgerungsgesuchen gehören Gesichter. Wir schätzen es diese zu sehen. Es sind unsere Mitmenschen, Teil unserer Bevölkerung, Nachbarn, Mitschüler unserer Kinder und ihre Eltern. In Zukunft werden der Gemeinderat und der Einwohnerrat die Bürgerrechtsbewerber nicht mehr persönlich im Saal sehen und über ihre Gesuche abstimmen. Die Einbürgerungskommission erfüllt ihre Aufgaben sehr kompetent, trotzdem deponiere ich eine kleine Anmerkung. Oft lässt sich nicht die ganze Familie einbürgern. Ist die Integration allenfalls ein möglicher Grund? So oder so, ich freue mich, noch einmal einige bekannte, zukünftige Windischer Bürger begrüßen zu dürfen, Almira, Giovanna, Danilo... stellvertretend einige Namen.

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP): Der Einwohnerrat wird im Juni das letzte Mal über Einbürgerungsgesuche befinden.

Offene Abstimmungen

21 2017.21

Almira und Esma Haliti, Kosovo
(Botschaft vom 13. Februar 2017)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 34 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Almira Haliti wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

Der Einwohnerrat fasst mit 34 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Esma Haliti wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

22 2017.22

Selver Bay, Türkei

(Botschaft vom 13. Februar 2017)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Selver Bay und ihren Kindern Renas und Berken wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

23 2017.23

Giovanna Serratore, Italien

(Botschaft vom 13. Februar 2017)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Giovanna Serratore und ihren Kindern Alessio und Danilo wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

24 2017.24

Almut Scherer, Deutschland

(Botschaft vom 13. Februar 2017)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Almut Scherer und ihren Kindern Alexandros und Emilia wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

25 2017.25

Tahsin Cigdem, Türkei

(Botschaft vom 13. Februar 2017)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Tahsin Cigdem wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

26 2017.26

Asan Medii, Mazedonien

(Botschaft vom 13. Februar 2017)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Asan Medii wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

27 2017.27

Oriana Pizzo, Italien

(Botschaft vom 13. Februar 2017)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Oriana Fernandes wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

28 2017.28

Lamine Essifi, Tunesien / Italien

(Botschaft vom 13. Februar 2017)

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Lamine Essifi wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

3 2017.19

Campussaal; Beiträge zur Finanzierung des Betriebs

(Botschaft vom 30. Januar 2017)

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Am 30. November 2008 wurde das Projekt Campussaal an der Urne genehmigt und die Beschlüsse des Einwohnerrates bestätigt. Ich blende kurz zurück. Der Einwohnerrat hat fünf Beschlüsse gefasst: Genehmigung der Vereinbarung mit der HRS für die Erschliessung; die unentgeltliche Beteiligung an der Campussaal Immobilien AG und an der Campussaal Betriebs AG inkl. der Aktionärsbindungsverträge;

Genehmigung jährlich wiederkehrender Kredit von maximal CHF 100'000.00, Gewährung Defizitgarantie; freiwillige Durchführung einer Volksabstimmung am 30. November 2008.

Nach der Gründung der beiden Aktiengesellschaften und dem Vertragsabschluss mit dem Betreiber wurde bemerkt, dass für Amortisation, Abschreibungen, Unterhalt und Ersatzbeschaffungen keine Mittel eingesetzt waren. Die Stimmberechtigten mussten deshalb am 3. März 2013 nochmals über die Betriebsbeiträge von maximal CHF 210'000.00 für Windisch und maximal CHF 390'000.00 für Brugg befinden. Die Beträge wurden mit deutlicher Mehrheit angenommen. Dabei ist sehr wichtig zu wissen, dass diese Beiträge nicht für die Unterstützung der ABA Management bestimmt sind, damit werden effektiv die Amortisation, die Abschreibungen, der Unterhalt und die Ersatzbeschaffungen finanziert.

Für die Berechnung der Betriebskosten ab 2018 wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Die Botschaft informiert über die Ergebnisse. Obwohl wir CHF 75'000.00 weniger Sponsorenbeiträge erhalten, konnten die Betriebsbeiträge von Windisch auf CHF 190'000.00, diejenigen von Brugg von auf 352'000.00 gesenkt werden. Dies ist der Maximalbeitrag, er wird nur eingefordert, wenn er benötigt wird. Der Einwohnerrat Brugg hat die Betriebsbeiträge am letzten Freitag genehmigt. Ich hoffe, dass der Einwohnerrat Windisch dem Antrag ebenfalls folgen wird.

Bruno Graf, Präsident FiGPK (SP): Unser Bericht enthält einen Rechnungsfehler. Der Durchschnitt der letzten fünf Jahre beträgt CHF 149'000.00.

Wir haben für die Prüfung die Aktionärsbindungsverträge mit der CBAG und der CIAG beigezogen. Artikel 2 im Vertrag mit der CIAG bestimmt, dass die beiden Aktionärsgemeinden verpflichtet sind, allfällige Ausfälle während der Vertragsdauer zu vergüten. Wir sind bis 2028 stark gebunden. Es wird ein maximaler Betriebsbeitrag von CHF 190'000.00/Jahr an die CBAG beantragt. Dieser Betrag muss nicht voll beansprucht werden. Voraussetzung ist ein extrem gut laufender Betrieb des Saals mit entsprechendem Ertrag. In diesem Falle könnten die Mietabgaben diskutiert werden, welche die CIAG von der CBAG für den Saal erhält. Diesen Punkt sollten die beiden Gesellschaften einmal miteinander diskutieren. Gestützt auf die aktuelle Situation empfehlen wir den Beitrag für die nächsten fünf Jahre zu genehmigen. Der neue Vertrag mit der Betriebsgesellschaft wurde ebenfalls für eine Laufzeit von 5 Jahren abgeschlossen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Algimantas Gegeckas (CVP): Die gute Entwicklung soll weiter gehen, rund 70'000 Personen konnten im Saal bereits begrüsst werden. Der Campussaal soll weiterhin Teil des Standortmarketings bleiben. Der Betrieb ist aufgrund der hohen Mietzinse und den Abschreibungen defizitär. Eine knappe Mehrheit unserer Fraktion stimmt dem Antrag zu, dazu noch einige Gedanken: Muss die Abschreibung in 30 bis 35 Jahren erfolgen, ist nicht ein längerer Zeitraum möglich? Die Miete und die Betriebsbeiträge der Gemeinden würden sinken. In zwei Jahren ist die Bauschuld der CIAG, also die Immobilien AG, abbezahlt. Braucht es derart grosse Rückstellungen? Rückstellungen für Sanierungen sind notwendig, aber es muss nicht für jede Generation ein neuer Campussaal gebaut werden. Wer weiss wo der Campussaal ist, findet den Weg, wer nicht, findet ihn nicht. Ein Betrieb muss Werbung machen, damit er präsent ist und nicht vergessen geht. Der Campussaal muss von weither sichtbar sein, unabhängig davon aus welcher Richtung man kommt. Wer mit dem Zug durch die Schweiz fährt, sieht immer wieder gute sichtbare Namen grosser Firmen an den Gebäuden. Eine gute Beschriftung bringt einen Nutzen, jeder eingenommene Franken senkt die Kosten für die Gemeinden. Eine breitere Nutzung erfordert ein besseres Marketing. Seit kurzem weiss ich, dass eine Einfahrt in den Campussaal von der Zürcherstrasse her besteht. Diese könnte beispielsweise für grössere Ausstellungen genutzt werden. Der Kanton wird sich wehren, was amtlich ist, ist träge. Es gilt Druck zu machen. Wir wollen nicht nur zahlen, wir wollen weniger zahlen. Wir werden eine Motion zu diesen Themen einreichen.

Pia Stämmler (SP): Ich verstehe die finanziellen Aspekte dieser Vorlage nicht. Wir stimmen dem Antrag widerwillig zu. Wir sind bis 2028 gebunden, wir müssen auf jeden Fall bezahlen, auch bei einem Nein. Die ABA Management vermarktet den Saal relativ gut. Ich gehe mit Algimantas Gegeckas einig, beeinflussbar sind nur die Mietkosten. Verbesserungsvorschläge haben wir keine. Die Vorlage hätte etwas weniger euphorisch und mehr realistischer sein können. Nicht Alle finden den Campussaal eine gute Sache.

Stefan Fehlmann (EVP): Wir haben diese Botschaft geprüft, diskutiert und ein wenig leer geschluckt. Es ist schwierig eine Botschaft ohne Alternative zu diskutieren. Wir sind bis 2028 gebunden, können nur Ja sagen. Wir stimmen dem Antrag mehrheitlich zu. Die Kosten müssen gesenkt werden. Wir bezahlen sehr viel Geld jedes Jahr. Wir unterstützen die Frist von 5 Jahren und erwarten bei einer nächsten Vorlage Alternativen.

Christian Locher (SVP): Die Kosten wurden intensiv diskutiert. Vergeblich, es wurde erwähnt, wir sind gebunden. Auch wir stimmen dem Antrag mehrheitlich zu. Die Mietkosten boten ebenfalls Diskussionsstoff. Die Nutzungsvereinbarung für den Bau hat mindestens 50 Jahre Gültigkeit. Weshalb muss ein allfälliger Umbau schon nach zehn Jahren finanziert werden können?

Robert Kamer (FDP): Unser Stimmungsbild ist identisch. Wer dem Saal 2008 und 2013 kritisch gegenüber stand, hat seine Meinung nicht geändert. Es gab nicht viele Anlässe für einen Meinungsumschwung, vor allem in finanzieller Hinsicht. Wer positiv eingestellt war, ist es nach wie vor, nur die Begeisterung hat nachgelassen. Die gesellschaftsrechtliche und vertragliche Situation ist sehr kompliziert und führt zu Diskussionen. Viele Event-Stätten sind gleich organisiert. Das Gebäude ist im Besitz einer Firma, eine andere ist für den Betrieb verantwortlich, und ein Betreiber, bei uns die ABA Management, ist für die Vermarktung zuständig. Ist noch die öffentliche Hand involviert, wird es noch komplizierter, dies ist jedoch nicht aussergewöhnlich. Gewisse Informationen waren nicht zugänglich, dies hat uns gestört. Zwei Beispiele: 80% des Budgets der Betriebs AG werden durch uns finanziert. Einblick in die Verträge erhalten wir jedoch nicht. Der Versicherungswert der Anlagen der CIAG hat uns interessiert, um eine Vorstellung von der Werthaltigkeit dieser Gesellschaft zu haben. Auch diese Auskunft haben wir nicht erhalten. Eine Mehrheit der Fraktion unterstützt die Vorlage. Wir glauben an die positive Ausstrahlung für unsere Region. Die Vorredner haben auf die Anliegen hingewiesen. Die Mieterträge sind relativ hoch. Diese müssen diskutiert werden, auch wenn die CIAG Verluste erwirtschaften wird. Mit dem Eigenkapital von 12 Mio. Franken sind Reserven vorhanden. Der geplante Hotelbetrieb wird positive Auswirkungen auf den Saal haben. Ob das Hotel gebaut wird, wenn der Campussaal nicht mehr existiert, ist eine andere Frage.

Martin Gautschi (FDP): Die Botschaft dokumentiert die Umsatzentwicklung gut. Mich interessiert ab welcher Umsatzgrösse weniger Beiträge bezahlt werden müssen.

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Ich danke für die Anregungen. Über die Beschriftung lässt sich streiten. Der Campus, die Fachhochschule, will als Ganzes wahrgenommen werden. Der Campussaal ist ein Bestandteil des Campus. Die Beschriftung lässt sich optimieren. Eine Korrektur ist bereits erfolgt, auf der Strassenseite ist der Campussaal nun angeschrieben.

Rückstellungen und Amortisationen werden mit den Betriebsbeiträgen finanziert. Braucht es wirklich so hohe Betriebsbeiträge? Die Technik ist sehr kurzlebig. Nach zehn

Betriebsjahren werden wir sehen, was ersetzt oder erneuert werden muss. Kosten kann ich im Moment nicht nennen. Sind die Rückstellungen zu gross ist es keine Frage, dass wir diese reduzieren. Die Situation beider Gesellschaften wird laufend überprüft und wo notwendig auch korrigiert.

Bernhard Stüssi (SVP): Ich beantrage die Rückweisung der Vorlage. Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat für den Verkauf des Campussaals eine Vorlage zu unterbreiten.

Mittlerweile gibt der Gemeinderat vorbehaltlos zu, dass der Saal immer auf finanzielle Zuschüsse seiner Träger angewiesen sein wird. Von einer Pilot- oder Findungsphase ist nicht mehr die Rede. Ebenso ist absehbar, dass die CIAG grössere Investitionen zum Werterhalt nicht alleine tragen können. Ähnlich wie beim Unterhalt der Schulhäuser werden neue Mittel der beteiligten Gemeinden benötigt. Ich schätze diese Ehrlichkeit.

Es gehört weiterhin nicht zu den Aufgaben der öffentlichen Hand, Steuergelder in diesem Sinne zu verschwenden. Die Finanzpolitik der Gemeinde, die wirtschaftliche Entwicklung mithilfe eines Durchlauferhitzers zu befördern, hat zwar mancherorts Konjunktur; ihre Untauglichkeit wir aber nicht erst seit 1936, dem Erscheinungsjahr von John Maynard Keynes' Buch „The General Theory of Employment, Interest and Money“, immer und immer wieder theoretisch und praktisch bewiesen. Wir diskutieren hier die jüngste Episode: Es ist relativ einfach, durch schöne Worte und die Verbreitung träumerischer Wunschvorstellungen Steuergelder zum Umbauen von Luft locker zu machen. Ist das Portemonnaie einmal geöffnet, ist es dagegen sehr schwer, das – zuerst betont befristet gesprochene – Geld je wieder nicht auszugeben. Windisch kann und soll es sich nicht leisten, seine Fehler ständig zu wiederholen. Auch nicht, wenn das Problem mittels Finanzausgleich auf die Aargauischen Nachbarn abzuschieben versucht wird.

Die Vorlage ist wie 2013 völlig untauglich. Ich zitiere eine haarsträubende Passage aus der Botschaft: „Der Antrag ist so formuliert, dass der Campussaal generell die Betriebsbeiträge finanziert, damit werden die Aufwendungen der CBAG weiterhin gedeckt und die Aktionäre können in Ruhe eine neue Lösung suchen, ohne das sofort eine Volksabstimmung vorbereitet werden muss.“ Es ist das Wesen einer Demokratie, dass die Exekutive den Volkswillen zu vollziehen hat. Es gibt dazu viele schlechte Beispiele, wir müssen zur Besinnung kommen und nicht aus Geltungssucht irgendwelche autoritären Eskapaden machen.

Der Einwohnerrat muss seine kritische und selbstbewusste Haltung bewahren. Ich habe noch etwas gefunden, ich zitiere aus der Debatte von 2013: „Die Bemerkung vom Gemeinderatstisch die Vorlage mit den Anträgen nicht zu verändern, fällt in letzter Zeit

häufig, bereits 2008 war dies der Fall. Da alle Augen auf Windisch gerichtet sind, darf nichts mehr geändert werden. Ich halte mich in Zukunft nicht mehr an diese Weisung. In den letzten Jahren haben wir viel unterstützend mitgetragen. Bei vielen Aktiengesellschaften und Verbänden wie die Sanavita oder der Abwasserverband kann der Einwohnerrat keinen direkten Einfluss mehr nehmen. Da stellt sich bald die Frage, welche Aufgabe der Einwohnerrat noch hat. Wo kann er mitgestalten, mitdiskutieren? Die Einwohnerratssitzungen werden zu einer Alibiübung.“

Mein Antrag beauftragt den Gemeinderat, mit der Mitaktionärin, der CIAG und der CBAG zu Händen des Einwohnerrats eine Operationsplanung zu erarbeiten mit dem Ziel einer möglichst raschen Veräusserung des Campussaals. Dabei ist auch eine Umnutzung ohne Rücksicht auf den jetzigen Charakter des Saals zu prüfen (Wohnungen, Restaurant, Lagerhalle, Schulzimmer, Labor, Gewerbe). In diesen Räumen ist alles möglich.

Abstimmung Rückweisung

Der Einwohnerrat fasst mit 30 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Antrag auf Rückweisung wird abgelehnt.

Mirjam Aebischer (SP): In der Erfolgsrechnung sind die Betriebsbeiträge von AKB und BWZ enthalten. Ein wichtiger Player fehlt, die Brugg Kabel AG. Führt der Gemeinderat Verhandlungen, damit sich die Brugg Kabel AG oder andere Firmen mit Betriebsbeiträgen beteiligen? Oder sind die Beiträge von AKB und BWZ Relikte aus der Anfangszeit, welche netterweise bis 2022 bezahlt werden?

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Wer Betriebsbeiträge bezahlt, verlangt eine Gegenleistung. Dies erfolgt in Form einer Gratisnutzung. Brugg Kabel ist eine sehr gute Kundin und bucht den Saal mehrmals jährlich. Es wäre wohl mehr als kontraproduktiv über einen Sponsorenbeitrag zu verhandeln. Im Gegenzug hätte Brugg Kabel AG, wie die anderen Sponsoren, eine Gratisnutzung zugute. Die Fachschule leistet keine Beiträge mehr, hat aber zugesichert, dass sie den Saal zum Volltarif buchen und nutzen werden.

Bernhard Stüssi (SVP): Nach der Ablehnung der Rückweisung stelle ich zwei Anträge. Der erste Antrag lautet: „Der Einwohnerrat beschliesst einen jährlich wiederkehrenden

Verpflichtungskredit von maximal CHF 190'000 (Anteilsquote 35%) für die Gewährung von Betriebsbeiträgen ab 2018 für zehn Betriebsjahre." Wieso das? Der Bruggger Einwohnerrat hat die Betriebsbeiträge für zehn Jahre bewilligt. Grundsätzlich sollten wir keine Betriebsbeiträge bezahlen. Es ist gefährlich, wenn wir unsere maximalen Beiträge nur für fünf Jahre bewilligen. Sollte eine Erhöhung der Betriebsbeiträge beantragt werden, haben wir die schlechteren Karten als Brugg. Wenn wir das Geld zum Fenster hinauswerfen ist darauf zu achten, dass dies in einem voraussehbaren Rahmen geschieht.

Der zweite Antrag: Es wird eine Volksabstimmung durchgeführt. Bei wichtigen Geschäften des Gemeinwesens wird in der direkten Demokratie eine Volksabstimmung durchgeführt. Leider enthält die Vorlage einen Flüchtigkeitsfehler: Nur in Brugg wird eine Volksabstimmung durchgeführt, Windisch ist nicht erwähnt. Die Volksabstimmung ist so selbstverständlich, dass das Fehlen von Windisch beim Verfassen des Texts gar nicht aufgefallen ist. Der guten Ordnung halber muss die geplante Volksabstimmung im Beschluss des Einwohnerrates erwähnt werden.

Fredy Bolt (SP): Die Antwort von Max Gasser zur Senkung der Beiträge fordert mich heraus. Das Geschäftsmodell zwischen der CBAG und der ABA sieht eine geringe Gewinnbeteiligung der CBAG vor. Diese sinkt bei zunehmendem Umsatz. Dies heisst im Klartext, je grösser der Umsatz, desto weniger sinken unsere Beiträge. Es ist deshalb wichtig, ins Jahr 2022 zu schauen und zusätzliche Sponsoren zu gewinnen. Ich denke an Brugg Immobilien, das Kabelwerk und das Hotel. Beteiligen sich diese nicht, ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass der Widerstand wächst. Die jetzige Regelung erlaubt nicht, unsere Beteiligung ab 2028 zu reduzieren.

Robert Kamer (FDP): Eine Anmerkung zum Votum von Bernhard Stüssi. Im Wissen, dass der Rückweisungsantrag abgelehnt wird, wurden die beiden Anträge bereits vorbereitet. Stimmt das?

Bernhard Stüssi (SVP): Ja.

Robert Kamer (FDP): Zuerst soll das Geschäft zurückgewiesen und dann soll das Doppelte bezahlt werden? Ich verstehe die Welt nicht mehr. Dann wird dem Gemeinderat ein Flüchtigkeitsfehler betreffend Volksabstimmung vorgeworfen. Mir und dem Einwohnerrat fehlt schlichtweg die Zeit sich mit solch unqualifizierten Äusserungen auseinanderzusetzen.

Bernhard Stüssi (SVP): Ich entschuldige mich für die unglücklich gewählte Wortwahl.

Robert Kamer (FDP): Akzeptiert.

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Wir pflegen mit den Fraktionen und der FiGPK in den Finanzworkshops einen regelmässigen Austausch. Der Einwohnerrat hat Kompetenzen. Die Stimmbürger haben dem Betriebsbeitrag zweimal deutlich zugestimmt. Die Konsequenzen waren immer klar. Wir haben nie versprochen, dass der Saal innert kurzer Zeit selbsttragend sein wird. Die Zeitdauer wurde mit dem Stadtrat Brugg intensiv diskutiert. In Brugg muss der Entscheid dem Volk unterbreitet werden. Wir verstehen, dass der Stadtrat nicht alle fünf Jahre eine Volksabstimmung durchführen will. In Windisch haben wir den politischen und finanziellen Druck als hoch gewertet und einem Antrag auf 10 Jahre geringe Chancen eingeräumt. 2013 haben SVP- und FDP-Fraktion beantragt, die Beiträge nur für vier Jahre zu bewilligen. Dies war der Ausgangspunkt, wir haben die Zeitdauer von fünf Jahren als politisch machbar eingestuft. Der Stadtrat Brugg hat dem Einwohnerrat in fünf Jahren einen Zwischenbericht versprochen, wir müssen einen neuen Antrag stellen. Somit werden alle Beteiligten die Situation wieder prüfen und analysieren müssen. Brugg wird über tiefere Beiträge nicht unglücklich sein. Wir rechnen mit einer positiven Entwicklung und einer höheren Auslastung. Ob es tatsächlich so hohe Rückstellungen braucht, werden wir in fünf Jahren sehen. Ich beantrage die Anträge von Bernhard Stüssi abzulehnen.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Die heutige Diskussion ist für mich ernüchternd, nachdem ich mehrmals über die positive Entwicklung des Saals informiert habe. ABA hat es in kurzer Zeit geschafft, den Campussaal zu einer Marke zu machen. Aus meiner Perspektive ist der Campussaal die Perle, der Leuchtturm des Campus. Ich öffne den Blickwinkel. Die Beiträge stehen im Mittelpunkt der Diskussion. Die Konsequenzen was ohne Campus und Campussaal wäre, werden totgeschwiegen. Der Bau des Campus war für Windisch sehr entscheidend. Aus dieser teilweise resultierenden Abhängigkeit mussten wir den Campussaal genehmigen. Der Prozess ist wohl noch bekannt. Am Anfang war ein grosses Einkaufszentrum geplant. Es wurde in der Folge ein anderer Player gesucht, dies waren die Gemeinden. Windisch wies einen Bilanzfehlbetrag aus und es war alles andere als sicher, dass die Strategie des Gemeinderates mitgetragen wird. Ich hatte damals keine Erfahrung, hatte aber das Gefühl, es sei richtig, diese Chance zu nutzen. Windisch hätte sich ohne Campus und Campussaal nie so entwickelt. Ich höre immer wieder von Investoren, welche ohne Campus in Windisch nicht investiert hätten.

So geschehen bei der Fehlmannmatte oder im Kunzareal. Letztes Jahr haben wir das erste Mal von einem Steuerwachstum gehört. Es gab Zeiten, da hatten wir keine 0.5% Wachstum, im Moment liegt es bei gut einem Prozent. Ohne Campus, ohne Campussaal hätten wir dies nicht geschafft. Ich gebe dem Einwohnerrat zu bedenken, dass Windisch ohne Campus und Campussaal an einem völlig anderen Ort stehen würde. In Zusammenhang mit der Entwicklung der Gemeinde stehen Forderungen im Raum, ich denke an die Tagesstrukturen, kulturelle Angebote und vieles mehr. Bereits werden Forderungen laut, den Steuerfuss zu senken. Wir hatten eine Steuerfusserhöhung und dank der guten Arbeit der Verwaltung, dem Finanzverwalter, welcher sich ständig weitergebildet hat, sind wir in der heutigen Position. Mich stört die negative Haltung des Einwohnerrates. Die Entwicklung zeigt, dass es richtig war vor bald 12 Jahren für den Campus in Windisch zu kämpfen. Der Campussaal ist ein Stück weit der Preis, den wir dafür bezahlen. Wenn wir mit Brugg einen Weg finden, ist es möglich, mehr Aufträge zu erhalten. Der Campussaal kann mit den heutigen Beiträgen gut betrieben werden.

Ich bin privilegiert, dass ich oft an Anlässen im Campussaal teilnehmen darf. Je nach Engagement kann die Bevölkerung an Anlässen teilnehmen, es gibt aber auch solche, die ich von Amtes wegen besuche. Ich erhalte viele sehr gute Rückmeldungen von den Organisatoren der Anlässe. Wir sind heute auf einem so guten Stand, dass Anlässe von Zürich und Baden in Windisch durchgeführt werden. ABA bietet eine Top-Beratung, eine Top-Infrastruktur und einen Top-Service. Die Kunden sind nach dem ersten Anlass derart zufrieden, dass sie den Saal ein zweites, ein drittes Mal buchen. Immer wieder ist zu hören, Windisch hat keinen Nutzen. Aus meiner Sicht haben wir einen sehr grossen Nutzen. Es werden Arbeitsplätze geschaffen, Studenten können sich neben dem Studium mit Einsätzen im Service, an der Garderobe ein gutes Sackgeld verdienen. Die Guggeli-Waage oder die Bäckerei Lehmann erbringen Catering-Leistungen. Verschiedenste Unternehmen erhalten Aufträge, es ist durchaus eine Wertschöpfung vorhanden. Ich bin bald die Einzige, welche an diesem Saal Freude hat, obwohl ich als Verantwortliche der Finanzen immer wieder warnen muss. Der Saal ist für mich immer noch eine Perle. Es gilt dieser Sorge zu tragen und deshalb sagen wir mit einem kräftigen Ja zum Campussaal. Wir sollen neue Sponsoren suchen. Mir ist viel lieber, die Unternehmen und Gewerbebetriebe mieten den Saal. Sponsoren haben Anspruch auf eine Gratisbenutzung, dann ist der finanzielle Nutzen nicht mehr gross. Immer wieder soll Brugg Kabel um finanzielle Beiträge gebeten werden. Mit dem geplanten Hotelbetrieb wird eine sehr grosse Investition erbracht. Natürlich ist diese ein Stück weit eigennützig, aber in Berücksichtigung der finanziellen Situation von Brugg Kabel alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Es gibt noch viele andere Player die man nennen könnte: ABB, SBB, Coop, Migros, die

Banken vor Ort, die teilweise den Saal mieten. Tragen wir unserem Saal Sorge und stimmen dem Antrag deutlich zu.

Eine Bitte zum Thema Volksabstimmung. Im Januar hat der Einwohnerrat beschlossen, das Budget inskünftig nicht mehr dem Volk zu unterbreiten, weil es ohnehin nur Ja oder Nein sagen könne. Beim Campussaal sind wir bis 2028 gebunden und es geht heute um die Bestätigung der früher gefassten Beschlüsse. Wird der Antrag abgelehnt, haben wir ein grosses Fiasko. Der Einwohnerrat hat zu diesem Saal Ja gesagt und er soll diesen Entscheid heute selbst fällen. Es ist sinnvoller die Kosten für eine Volksabstimmung im Campussaal einzusetzen. Ich danke für die Annahme der Vorlage.

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP): Die Anträge von Bernhard Stüssi und Gemeinderat betreffend Laufzeit Betriebsbeiträge werden einander gegenübergestellt.

Nach Art. 4 der Gemeindeordnung kann der Einwohnerrat über einen jährlichen Beitrag bis zu CHF 250'000 abschliessend entscheiden. Wird ein Antrag gestellt, den Entscheid der Volksabstimmung zu unterbreiten?

Bernhard Stüssi (SVP): Mein Antrag verlangt die Durchführung einer Volksabstimmung. Ich bitte die unglückliche Wortwahl nochmals zu entschuldigen.

Offene Abstimmungen

Gegenüberstellung Antrag Gemeinderat / Antrag Bernhard Stüssi

Auf den Antrag Gemeinderat entfallen	28
Auf den Antrag Bernhard Stüssi entfallen	3

Der Einwohnerrat fasst mit 28 Ja- gegen 5 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat beschliesst einen jährlich wiederkehrenden Verpflichtungskredit von maximal CHF 190'000 (Anteilsquote 35%) für die Gewährung von Betriebsbeiträgen ab 2018 für fünf Betriebsjahre.

Zusatzantrag Bernhard Stüssi

Der Einwohnerrat fasst mit 2 Ja- gegen 33 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Entscheid des Einwohnerrates wird nicht der Volksabstimmung unterbreitet.

4 2017.18

Verpflichtungskredit Abwassersanierung Gebiet „D“, Los 1 – Ahornweg

(Botschaft vom 23. Januar 2017)

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Der Ahornweg muss saniert werden. Die Abwasser-, Wasser- und Stromleitungen und die Strasse, sind in einem Zustand, welcher ein koordiniertes Vorgehen rechtfertigt. Der Ahornweg war immer Bestandteil der koordinierten Werterhaltung. Weshalb ist die Sanierung plötzlich prioritär? Letztes Jahr wurde festgestellt, dass vier Liegenschaften ihr Abwasser in eine Klärgrube und nicht in die Kanalisation ableiten. Das Bauamt entleert diese Klärgrube einmal pro Jahr. Den Zustand kennen wir nicht genau, es besteht auch ein Überlauf Richtung Aare. Dieser Zustand ist sowohl technisch, wie umweltschutzrechtlich unhaltbar. Der Sanierungsbedarf aller Werke wurde neu bewertet und so ist die Sanierung nach vorne gerutscht. Die Botschaft informiert über die technischen Details.

Am Infoabend wurde die Frage aufgeworfen, ob die Anwohner Anschlussgebühren bezahlen müssen, da sie das erste Mal an die Kanalisation angeschlossen werden. Als Vergleich wurde die Kanalisationserschliessung Lindhof angeführt. Ein Vergleich ist nicht möglich. Der Lindhof wurde das erste Mal an die Kanalisation angeschlossen. Die Landwirte haben das Abwasser vorher in die Jauchegrube geleitet. Unsere Nachforschungen haben ergeben, dass seit mindestens 1944 Gebühren für den Anschluss ans Kanalisationsnetz erhoben werden. Bis 1944 belegte man mit den Dokumenten im Haus, dass die Gebühren erhoben wurden. Die Liegenschaften am Ahornweg wurden in den späten 50-er Jahren gebaut. Zu dieser Zeit wurden bereits Anschlussgebühren erhoben. Bei verschiedenen Um- und Anbauten wurden zudem die Anschlussgebühren eingefordert, da der Brandschutzversicherungswert gestiegen ist. Die Grundeigentümer bezahlen somit seit Jahren Gebühren für den Anschluss an das Abwassersystem. Es

fehlt die rechtliche Grundlage in Zusammenhang mit der Sanierung Anschlussgebühren zu verlangen. Wir beantragen infolge der Dringlichkeit die Genehmigung des Kredits.

Daniel Brassel, Sprecher FiGPK (EVP): Nach Ansicht der FiGPK ist diese Sanierung, trotz Kuriosum der Unwissenheit, notwendig. Wir empfehlen den Kredit zu genehmigen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Marc Keller (CVP): Wieder einmal ein Sprichwort: „Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.“ So geschehen im aktuellen Fall, da das Projekt plötzlich prioritär realisiert werden muss. Die FiGPK weist auf die verschiedenen Wechsel bei der Abteilung Planung und Bau hin. Ein möglicher Grund, dass in mysteriöser Weise in den Wirren der Bürokratie untergegangen ist, dass noch eine Sammelgrube existiert. Unsere Nachfrage hat ergeben, dass alle Beträge bezahlt worden sind und kein Grund besteht, nochmals Erschliessungsbeiträge einzufordern. Die Frage der Notwendig- und Dringlichkeit ist aufgrund der gesetzlichen Grundlagen nicht zur Diskussion gestanden. Aus Sicht der CVP-Fraktion muss mit den Arbeiten sofort begonnen werden. Wir werden dem Antrag zustimmen.

Pascal Schlegel (SVP): Die FiGPK hat es gut formuliert, die ganze Sache ist etwas kurios. Wir haben die Sache nicht so detailliert hinterfragt wie die CVP, für uns ist die Notwendigkeit ebenfalls klar. Wir werden den Antrag unterstützen.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit jeweils 35 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

- 1 Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von CHF 389'900.00 für den Ausbau und die Erneuerung der Abwasserleitung „Ahornweg“ zulasten der Investitionsrechnung der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung.

- 2 Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von CHF 117'450.00 für den Netzausbau und Erneuerungen Wasserleitung „Ahornweg“ zulasten der Investitionsrechnung der Spezialfinanzierung Wasserversorgung.
- 3 Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von CHF 164'450.00 für den Netzausbau und Erneuerungen elektrische Versorgung und Beleuchtung „Ahornweg“ zulasten der Investitionsrechnung der Spezialfinanzierung Elektrizitätsversorgung.
- 4 Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von CHF 49'200.00 für die Erneuerung „Ahornweg“ zulasten der Investitionsrechnung der Einwohnergemeinde.

5 Beantwortung von gestellten Fragen

Kleine Anfrage Dave Roth (SP)

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP):

„Hat der Gemeinderat zur „OASE“ eine Stellungnahme eingereicht? Falls ja, wie war deren Wortlaut?“

Der Gemeinderat hat in Absprache mit der Stadt Brugg und in Koordination mit der laufenden Gesamtrevision der Ortsplanung eine Stellungnahme abgegeben. Dieser Planungsstand wurde in den kommunalen Gesamtplan Verkehr (KGV) aufgenommen, ist aber stetigen Änderungen unterworfen. Inwiefern die Stellungnahmen schlussendlich in das Oase-Projekt einfließen, ist zurzeit unbekannt.

„Gedenkt der Gemeinderat sich an der Vernehmlassung zur Richtplanfestsetzung zu beteiligen?“

Die Gemeinde Windisch ist einerseits in der Behördendelegation (politisch) und andererseits in der Begleitgruppe (fachlich) direkt vertreten. Damit ist sichergestellt, dass ein steter Austausch stattfinden kann. Die Inhalte und Ergebnisse dieser Besprechungen unterliegen der Vertraulichkeit und dürfen nicht nach aussen kommuniziert werden. Parallel zur Konkretisierung und Evaluation einer möglichen Strassenführung sind zwei weitere Begleitstudien in Arbeit – eine Vertiefungsstudie zu Fuss- und Radverkehr sowie eine Vertiefungsstudie zu Freiraum und Siedlung. Auch diese beiden Studien werden eng mit den betroffenen Gemeinden koordiniert und besprochen.

„Hat der Gemeinderat die für die Gemeinde anfallenden Kosten geschätzt? Falls ja, wie hoch liegen diese Schätzungen?“

Die Gemeinde resp. deren Vertreter werden über die zu erwartenden Kosten im Zuge der Planerarbeiten laufend informiert; die Inhalte dieser Informationen sind ebenso vertraulich und dürfen nicht nach aussen kommuniziert werden. Die Gemeinde setzt sich in jeder Stellungnahme dafür ein, dass die Kosten nicht nach Dekret verteilt werden, sondern auch weitere Nutzniesser, Anbindung und Entlastung Aaretal und unteres Zurzigegebiet, eingebunden werden.

„Wie steht der Gemeinderat zu den offensichtlichen Differenzen zwischen den für Windisch diskutierten Umfahrungsvarianten und der aufgelegten Bau- und Nutzungsordnung?“

Die Korridore im Zwischenergebnis sind derart gross (Breite ca. 400 m), dass sie kaum in der laufenden Ortsplanungsrevision vollständig abgebildet werden können. Erste Ergebnisse aus der Festsetzung (2019 vorgesehen) könnten konkretere Aussagen ermöglichen. Die zeitlichen Differenzen von der Realisierung einer neuen Entlastungsstrasse (nach 2035) zur Wirkung der laufenden Ortsplanungsrevision (2019-2034) ist derart gross, dass hier zwangsläufig mit Differenzen gerechnet werden muss. Eine Zielsetzung der angelaufenen Begleitstudie Freiraum und Siedlung ist es, genau diese Differenzen und den Umgang mit Konfliktstellen aufzuzeigen.

Kleine Anfrage, Mirjam Aebischer (SP)

Max Gasser, Gemeinderat (FDP):

„Hat die Gemeinde Windisch eine Ausnahmegewilligung erteilt, um die Kiesgrube so weit aufzufüllen, dass auch das Naturschutzgebiet gefüllt wird? Wenn ja, mit welcher Begründung?“

Die Zuständigkeit liegt beim Kanton. Die Auffüllung ist nicht widerrechtlich, da die Bewilligung zur Auffüllung der Grube vorliegt und durch das AfU des Kantons überwacht und jährlich kontrolliert wird.

„Wieso konnte während mehr als einem Jahr eine Umnutzung der ehemaligen Kiesgrube gemacht werden, ohne dass die Gemeinde Windisch das bemerkt hat?“

Der Gemeinderat behandelt sehr selten Verstösse gegen die Baugesetzgebung und setzt die knappen personellen Ressourcen im Bereich der Baupolizei in erster Linie für

Bauabnahmen ein. Deshalb ist es möglich, dass Verstösse gegen die Baugesetzgebung unbemerkt bleiben, ausser wenn diese durch aufmerksame Einwohnerinnen und Einwohner bemerkt und gemeldet werden. Er lehnt es ab, zusätzliche Mittel für eine aktivere Überwachung einzusetzen.

„Mit dem am 6. Dezember 2016 aufgelegten Baugesuch der Knecht Immobilien AG soll eine Bewilligung für einen temporären Abstellplatz von Autos erteilt werden und damit im Nachhinein rechtlich geregelt werden. Ist zu erwarten, dass der Eigentümer der Parzelle 1181 aufgrund des verspäteten Baugesuches eine Busse zu entrichten hat, wie das auch Private treffen kann?“

Der Gemeinderat hat mit der Erteilung der Baubewilligung im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten (max. CHF 2'000) eine Busse verfügt.

„Ist zu erwarten, dass die allfällige Busse in der Höhe zu stehen kommt, die der Miete entspricht, die die Eigentümer (Knecht Immobilien AG) für den Abstellplatz in dieser Zeit eingenommen hat (1 Jahresmiete)?“

Der Gemeinderat hat kein Einsichtsrecht in privatrechtliche Verträge und im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten eine Busse verfügt.

Mirjam Aebischer (SP): Ich habe noch eine Frage, wahrscheinlich fällt auch diese in die Zuständigkeit des Kantons. Mit welchem Material wurde die Kiesgrube aufgefüllt?

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Der Kanton ist zuständig, er überprüft und kontrolliert.

6 Mitteilungen des Gemeinderates

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP):

Kulturnacht Campussaal

Ich lade Sie herzlich zur Teilnahme an der Kulturnacht ein, welche dieses Wochenende im Campussaal stattfinden wird. Wer noch nie im Campussaal war, sollte diese Möglichkeit nutzen. Ich danke allen Vereinen für ihr Engagement an der Kulturnacht. Bei den Absprachen mit der Technik hat man erlebt, dass diese auf einem sehr hohen Level ist. Die Vereine waren teilweise von den Fragen der Fachleute fast überfordert. Es

wird zwei tolle Abende geben. Ich hoffe, dass wir diese Kulturnacht in einer gewissen Regelmässigkeit durchführen können.

Wahlen 2018/2021

Der Gemeinderat hat 2016 in der Exekutive thematisiert, wer sich wieder zur Wahl als Gemeinderat stellen wird. Wir haben eine Auslegeordnung der aktuellen Projekte gemacht und gemerkt, dass eine gewisse Kontinuität sehr wichtig ist. Die Belastung der Gemeinderäte ist enorm. Die Entschädigungen wurden festgelegt und Stunden deklariert. Es werden aber mit Bestimmtheit mehr Stunden geleistet, als deklariert sind, dies ist nicht selbstverständlich. Es konnte bereits in der AZ gelesen werden, Christoph Haefeli hat sich entschieden, sich der Wahl als Gemeinderat nicht mehr zu stellen. Diese Lücke müssen wir wieder füllen. Aufgrund der vielen laufenden Prozesse wird der Gemeinderat herausgefordert sein, dass reibungslos weitergearbeitet werden kann. Ich danke Christoph Haefeli an dieser Stelle herzlich für seine geleistete Arbeit. Wer so lange politisch mitträgt, zuerst im Einwohnerrat, jetzt im Gemeinderat, hat irgendeinmal das Bedürfnis weiterzuziehen und etwas anderes zu machen. Ich bin gespannt, wer seine Nachfolge antreten wird und wünsche mir bereits jetzt einen fairen Wahlkampf. Matthias Treier, Max Gasser, Rosi Magon und ich stellen uns der Wiederwahl. Wir freuen uns, dass wir in dieser Zusammensetzung weiterarbeiten dürfen.

Rosi Magon, Gemeinderat (SP):

Gestaltungsplan Sommerau

Der Gestaltungsplan Sommerau ist schon längere Zeit in Bearbeitung. Der Gemeinderat hat diesen zur Vorprüfung und Mitwirkung verabschiedet. Nach den Frühlingsferien werden wir im Hinblick auf die Mitwirkung öffentlich informieren.

7 Neueingänge

Motion CVP-Fraktion „Betriebsbeiträge Campussaal“

Schluss der Sitzung: 20.35 Uhr



Gemeinde Windisch
Protokoll des Einwohnerrates
Sitzung vom 15. März 2017

Seite:
202

EINWOHNERRAT WINDISCH
Der Einwohnerratspräsident:

Der Gemeindeschreiber II: